



Pressemitteilung

30.08.2007

FDP: Der Öko-Sozialismus der Grünen ist schädlich für Geesthacht

Nach Auffassung der FDP ist die Forderung der Grünen, das Kernkraftwerk Krümmel abzuschalten und durch ein Wasserkraftwerk in der Elbe zu ersetzen (siehe Geesthachter Zeitung vom 29. August 2007) nicht Ziel führend. So müsste die Elbe bis weit über Boizenburg hinaus angestaut werden, damit auch nur einen Bruchteil der Strommenge erzeugt werden kann, die Krümmel liefert.

Laufwasserkraftwerke erfordern Eingriffe in die Natur, die auf berechnete Ablehnung stoßen. Die Gesamtbilanz hinsichtlich der Kohlendioxid - Erzeugung liegt nach Berechnungen des Ökoinstituts Darmstadt für ein Laufwasserkraftwerk mit 40 g pro kWh um fast 25 % über dem eines Kernkraftwerks (siehe Arbeitspapier AKW/CO₂ – Darmstadt, März 2007). Die gleichen Berechnungen weisen u. a. aus, dass die CO₂ - Bilanz von Fotovoltaik mit 101 g pro kWh fast dreimal schlechter ist als die von Kernkraftwerken. Diese Tatsachen verschweigen die Grünen der Öffentlichkeit!

Die von ihnen vehement begleiteten Aktivitäten zur CO₂ - Einsparung in Geesthacht hatten Strukturfehler, die die FDP bereits zu Beginn der letzten Wahlperiode zusammen mit der CDU teilweise korrigieren konnte. Die Stadt Geesthacht hatte sich unter dem Eindruck der Klimaentwicklung verpflichtet, den CO₂ - Ausstoß von 1987 bis 2010 um 50 % zu senken. Auf Anfrage der FDP Fraktion vom 23. November 2004 musste die Verwaltung zugeben, dass weder bekannt ist, auf welchen Ausgangswert des Jahres 1987 sich die 50% beziehen, noch festgestellt werden kann, wie nahe man dem gesteckten Ziel inzwischen gekommen ist.

Geblichen sind hingegen Vorschriften, Auflagen und Kosten für den Bürger. Die FDP wird sich solchen öko-sozialistischen Entwicklungen weiterhin energisch entgegenstellen.

Unter Bezugnahme auf den Vorwurf zögerlicher Information der Öffentlichkeit durch den Betreiber stellt die FDP fest, dass mittlerweile bekannt ist, wie umfassend die für die Reaktoraufsicht verantwortliche Ministerin Dr. Gitta Trauernicht (SPD) bereits am Abend des 28. Juli, dem Tage des Transformatorbrandes, informiert wurde. Die Landtagsfraktion der Liberalen hat daher erhebliche Zweifel an einer unvoreingenommenen Amtsführung dieser Ministerin und erwartet Konsequenzen.

Prof. Dr. Hans Georg Priesmeyer
Parteivorsitzender der FDP Geesthacht